

## **Fragen an die Agrar-Sprecher der Deutschen Parteien**

### **Milchpreispolitik in der Landwirtschaft**

- *Wird ihre Partei auf dem Milchmarkt zusätzliche Marktkriseninstrumente, wie Mengendeckelung oder Mengenreduzierung gegen Entschädigung im Milchmarkt durchsetzen?*
- *Warum ist es nicht möglich, einen Grundpreis bei der Milch festzulegen, so wie es im Arbeitsleben den Mindestlohn gibt?*

#### Antwort durch die CDU:

*Nach dem Auslaufen der Quotenregelung ist die Marktgestaltung Aufgabe der Milcherzeuger, Molkereien und der Lebensmittelkette. Die Milchwirtschaft ist gefragt, ihre Lieferbeziehungen neu zu ordnen. Dabei muss über eine von der Branche selbstverantwortete Mengensteuerung diskutiert werden. Erzeuger und Molkereien müssen die Milchmenge stärker molkereispezifisch koordinieren. Das ist der Weg, Marktverwerfungen zu verringern und große Schwankungen des Milchpreises abzumindern. Wir werden prüfen, inwieweit eine Lockerung der Andienungs- und Abnahmeverpflichtung von Molkereigenossenschaften dabei hilfreich sein kann. Auf EU-Ebene setzen wir uns für eine Verbesserung der Kriseninstrumente ein. Dabei werden wir selbstverständlich auch die Evaluierung der Wirksamkeit der Mengendisziplin, die aktuell vom Thünen Institut vorgenommen wird, berücksichtigen.*

*Der Milchmarkt ist ein globaler. Unsere Milchpreise sind vom Weltmarktgeschehen beeinflusst. Schon deshalb kann es keinen festgesetzten Preis – vergleichbar mit dem nationalen Mindestlohn – geben. Wir haben in der EU aber noch das Sicherheitsnetz. Fällt der Preis unter ein festgelegtes Minimum, werden Mengen aus dem Markt rausgekauft, wie z.B. bei der letzten Milchpreiskrise.*

#### Antwort durch die CSU:

Das Ziel der CSU ist eine zukunftsfähige, gute und stabile Entwicklung der Milchviehhaltung in Deutschland. Für uns war es selbstverständlich, den in Bedrängnis geratenen Milcherzeugern in der Preiskrise zu helfen. Beispielhaft sind die Bürgschaftsprogramme zur Liquiditätssicherung, die erhöhten Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung und die Ausweitung der steuerlichen Gewinnglättung durch die Verlängerung des Gewinnermittlungszeitraums von derzeit zwei auf künftig drei Jahre zu nennen.

Die CSU wird deshalb auch weiterhin helfen, wenn unsere Bauern in existentieller Bedrängnis sind. Unser Ziel ist aber die bessere individuelle Vorsorge für Markt- und Wetterrisiken durch wirtschaftliche Lösungen. Marktpreise müssen fair sein und den Erzeugern ein auskömmliches Einkommen ermöglichen. Die Markt- und Produktionsrisiken dürfen nicht beim Erzeuger alleine liegen. Wir wollen die Bedingungen in der Lieferkette verbessern und die Marktverantwortung von Verarbeitungsebene und Handel fördern. Auf EU-Ebene setzen wir uns für eine Verbesserung der

Kriseninstrumente ein. Dabei werden wir selbstverständlich auch die Evaluierung der Wirksamkeit der Mengendisziplin, die aktuell vom Thünen Institut vorgenommen wird, berücksichtigen.

Antwort durch die FDP:

Für einen stabilen und auskömmlichen Milchpreis ist es wichtig, die Wertschöpfung pro Liter Milch zu erhöhen. Z. B. ist die Wertschöpfung pro Liter Milch in Italien doppelt so hoch wie in Deutschland. Für Milchviehbetriebe kann es wegen des schwankenden Milchpreises sinnvoll sein, sich ein weiteres Standbein zuzulegen. Dies ist deren unternehmerische Entscheidung. Die Milchquote hat sich dagegen als ungeeignet erwiesen. Eine Milchmengendeckelung ist ebenfalls nicht praktikabel.

Die Festlegung eines Grundpreises für die Milch würde der marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik widersprechen. Sie hat daher keine Chance in der EU.

Antwort durch die SPD:

*Wichtiger als zusätzliche Marktkriseninstrumente ist es aus der Sicht der SPD, die Verträge zwischen Milcherzeugern und -abnehmern so zu ändern, dass die Preissignale der Absatzmärkte rasch an den Milcherzeuger weitergegeben werden. Deshalb müssen die Genossenschaften eine andere Form der Preisbildung gegenüber ihren Mitgliedern ermöglichen. Die Mitglieder der Genossenschaften dürfen nicht mehr am Ende der Kette stehen und das Preisrisiko allein tragen. Für diese neue Preisbildung werden verschiedene Modelle diskutiert. Die SPD hat sich mit einem Vorschlag beteiligt, der vor allem die Stärkung der Erzeuger gegenüber der aufnehmenden Hand vorsieht. Jeder Landwirt, ob nun Mitglied einer Genossenschaft oder Lieferant einer privaten Molkerei, soll zukünftig Verträge schließen können, in denen Menge, Preis, Vertragslaufzeit und Kündigungsfrist geregelt werden. Im Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung muss die Ausnahmeregelung von der Vertragspflicht für genossenschaftliche Molkereien abgeschafft werden. Zudem muss der § 28 im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zu Gunsten der Landwirte präzisiert werden.*

Antwort durch Die Linke:

Wir haben keine Beantwortung der Frage von der Partei erhalten.

Antwort durch die AfD:

Wir haben keine Beantwortung der Frage von der Partei erhalten.

Antwort durch Bündnis 90/Die Grünen:

Wir haben keine Beantwortung der Frage von der Partei erhalten.